

17.02.2014

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss

am 28.01.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Theodor Rieke

Kreistagmitglieder SPD

Frau Ursula Lindstedt

Frau Bärbel Schmidt

Frau Brunhilde Weinhold

Kreistagmitglieder CDU

Frau Marlies Deppe

Frau Claudia Gebhard

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Barbara Streich

Sachkundige Bürger/innen FDP

Frau Astrid Partmann

Ordentliches Mitglied

Frau Rosemarie Böhme

Herr Dirk Lampersbach

Frau Petra Stoltefuß

Frau Christine Weyrowitz

Stellvertretendes Mitglied

Frau Roswitha Ritter

Beratendes ordentliches Mitglied

Frau Claudia Dierkes-Hartwig

Herr Jörg Hüchtmann

Herr Detlef Maidorn

Herr Heiner Redeker

Herr Alexander Schieweck

Herr Klaus Stindt

Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Christian Palm

anwesend bis 16.45 Uhr

Gäste

Herr Thomas Seitz, Rödl & Partner, Nürnberg

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin

Herr Edmund Friederichs, Sachgebietsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Hilfen zur Erziehung - Bericht zur aktuellen Entwicklung;
Bericht Herr Seitz, Fa. Rödl & Partner
- Punkt 3** 003/14 Jugendhilfeplan - Tagesbetreuung für Kinder für Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede; Fortschreibung für die Jahre 2014 bis 2016
- Punkt 4** 002/14 Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2013
- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau Ritter (AWO) merkt an, dass sich die kirchlichen Träger, wie der Presse entnommen werden könne, wegen finanzieller Probleme, aus der Kindertagesbetreuung zurückziehen möchten. Sie interessiert, ob im Kreis Unna dahingehende Tendenzen bereits spürbar seien. Des Weiteren fragt Frau Ritter nach, ob es im Kreis Unna eine hohe Zahl Zuwanderer-Kinder gebe oder ob dies eher Städte wie Dortmund betreffe.

Frau Waßen antwortet, dass die kirchlichen Träger 88 Prozent der Betriebskosten gesetzlich durch Land und Kommunen finanziert bekämen. Die restlichen 12 Prozent müssten sie in vielen Jugendamtsbezirken selbst finanzieren. Seinerzeit hätte sich der Jugendhilfeausschuss entschieden, kirchliche Träger zu unterstützen und zusätzlich 3 Prozent freiwillig zu übernehmen. Demnach würden für die Kirchen 91 Prozent durch die öffentliche Hand getragen, was den gesetzlichen Zuschuss für die sogenannten armen Träger entsprechen. In der Presse habe man genau diese 3 Prozent thematisiert, die viele andere Jugendämter nicht zahlen würden. Die Zuwanderung habe in den vergangenen Jahren in Holzwickede zu leichten Problemen geführt, aber ansonsten regulierten sich diese Zahlen immer wieder.

Herr Rieke ergänzt, dass vor einigen Jahren intensive Gespräche mit den Kirchen stattgefunden hätten, da bereits damals Gruppen geschlossen werden sollten, wenn sich dort nicht nur konfessionell geprägte Kinder befänden. Man habe sich zum damaligen Zeitpunkt einigen können und er hoffe, dass diese Einigung sich weiter trage.

Frau Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass die Bedarfsabfrage durch das Familienbüro relativ ungenau sei. Die Daten würden aus den Besuchen direkt nach der Geburt entnommen. Die Familien könnten zu diesem Zeitpunkt noch keine genauen Angaben über die Entwicklung des Kindes bzw. über eigene Berufspläne machen. Sie interessiert, ob eine zweite Befragung stattfände bzw. welche Möglichkeiten bestünden, schärfere Zahlen zu erhalten. Des Weiteren fragt sie nach, wie sich das Betreuungsgeld auf die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen im U3-Bereich auswirke.

Frau Waßen antwortet, dass mit der Befragung durch das Familienbüro erst im letzten Jahr begonnen worden sei. Sie solle als zusätzlicher Anhaltspunkt für die Planung genutzt werden. Der Besuch fände zwei bis drei Monate nach der Geburt statt. Es gebe Eltern, die zu diesem Zeitpunkt bereits ganz klar wüssten, in welche Richtung es ginge und einige Eltern hätten eine Vermutung. Letztendlich müsse aber immer damit gerechnet werden, dass sich Bedarfe verschöben, weil sich zum Beispiel für ein Elternteil die Gelegenheit ergebe, frühzeitiger wieder arbeiten gehen zu können. Bezüglich des Betreuungsgeldes teilt Frau Waßen mit, dass die Eltern antragsberechtigt seien, deren Kinder nach dem 01.08.2012 geboren seien. Hier bliebe zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten, da diese Kinder erst knapp 18 Monate alt wären.

Auf eine weitere Nachfrage von Frau Streich äußert Frau Waßen, dass durchaus Ablehnungen angemeldeter drei- bis sechsjähriger Kinder durch die Kindertageseinrichtungen erfolgten. Es gebe einen immer größeren Anteil unter dreijähriger Kinder, die bereits in der Kindertageseinrichtung betreut würden und entsprechend die Plätze belegten. Der Rechtsanspruch werde immer sichergestellt, aber es könnte dann eben nicht immer die gewünschte Einrichtung besucht werden.

Herr Hahn ergänzt, dass der Rechtsanspruch gegenüber dem Jugendamt und nicht gegenüber der Einrichtung geltend gemacht werde. Bisher sei es immer gelungen den Rechtsanspruch zu erfüllen. Zukünftig würden das Jugendamt und auch die jeweiligen Einrichtungsleitungen stärker strapaziert, denn möglicherweise käme es zu der Diskussion, das 26. oder 27. Kind in die Regelkindergartengruppe aufnehmen zu müssen. Hier wiederhole sich die Zeit, als der Rechtsanspruch für Drei- bis Sechsjährige begründet worden sei.

Der Jugendhilfeplan – Tagesbetreuung für Kinder für Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede; Fortschreibung für die Jahre 2014 bis 2016 – wird zur Kenntnis genommen.

Erörterung

Herr Hahn erläutert die Drucksache. Der Tätigkeitsbericht sei auch für die politische Arbeit von Bedeutung und stelle gleichzeitig einen Rechenschaftsbericht für die drei Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede dar. Der Bericht zeige, dass gut gewirtschaftet worden sei und sich der Kreis Unna an der Haushaltslage der Kommunen und nicht nur an den erforderlichen Notwendigkeiten des Klientels orientiere. Frau Waßen führt aus, dass der Bereich „Frühe Hilfen“ eine immer größere Rolle spiele. Über die Bundesinitiative bekäme der Kreis Unna Mittel zur Finanzierung von Familienhebammen, ehrenamtlichem Engagement und Netzwerkkoordinationen. Der Fachbereich sei in allen drei Bereichen tätig: Ein Teil der Mittel würde zur Finanzierung von „FamoS“ (Familienorientierter Start) und dem Projekt „welcome“ verwendet. Zusätzlich würde die Koordination der Netzwerke „Frühe Hilfen“ finanziert. Wahrgenommen werde diese Aufgabe durch die Jugendhilfeplanerin Frau Monika Thünker.

Frau Streich konnte dem Bericht viele positive Daten entnehmen. Allerdings hätte sie sich bei den Freizeiten der drei Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede einen Hinweis auf Inklusion gewünscht, den es im letzten Jahr gegeben habe. Sie wisse nicht, ob es an der Presse oder an den Mitteilungen liege. Sorgen bereiteten ihr die langen Wartezeiten bei der Psychologischen Beratungsstelle (PB), die bis zu drei Monate betrügen. Des Weiteren spricht Frau Streich das Thema „Integrationskräfte“ an und führt aus, dass es unterschiedliche Modelle in den Bundesländern gebe. Sie halte es für wichtig, dass Kinder mit einer Integrationskraft bei deren Ausfall auch eine Vertretung erhielten.

Herr Hahn berichtet, dass Inklusion ein fester Bestandteil des Jugendförderplans sei. Sowohl die Integration als auch die Inklusion behinderter Menschen sei angeführt worden. Für den Bereich der Integrationskräfte warte man auf eine landeseinheitliche Struktur, insbesondere zwischen den zwei beteiligten Ministerien, dem Schulministerium und dem Jugendministerium. Des Weiteren gebe es Integrationskräfte, die aus dem Bereich der Eingliederungshilfe, dem Titel des Landschaftsverbandes, bezahlt würden. In den Unterrichtsräumen befänden sich teilweise mehrere Integrationskräfte, die vom Jugendamt und vom Landschaftsverband bezahlt würden, unabhängig davon, ob die Räumlichkeiten dann überhaupt dafür geeignet seien. Hier sei fraglich, ob bei Anwesenheit mehrerer Erwachsener eine pädagogische Arbeit noch möglich sei. Auf bundes- und landespolitischer Ebene werde immer noch diskutiert und an einer Lösung für die verschiedenen Zuständigkeiten gearbeitet. Bei den Schulen bestünde folgendes Problem: In der Grundschule gebe es Sonderschulnahmeverfahren erst für das zweite Jahr und demnächst sogar erst für das dritte Jahr. Hier würden auf künstlichem Wege die Förderschulen ausgedünnt. Er bitte die Kommunen, aufzupassen, dass die Verlagerung der finanziellen Zuständigkeiten nicht aus dem Ruder laufe.

Zu den langen Wartezeiten in der PB teilt Herr Hahn mit, dass sich diese mit den Wartezeiten bei den Neurologen deckten. Im Bereich der Neurologen stehe eine ausreichende Bedarfsabdeckung auf dem Papier, aber dennoch lägen die Wartezeiten bei sechs bis sieben Monaten. Das wäre nicht mehr tragbar und bei Kindern, die einer psychologischen Betreuung bedürften, nähere man sich ähnlichen Wartezeiten. Die Beratungsstelle habe den Auftrag, zumindest den Erstkontakt durchzuführen und erst dann Prioritäten zu setzen. Die Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern würden zunehmen und auch Frau Dr. Winzer-Milo hätte in ihren Berichten zu den Schuleingangsuntersuchungen deutliche Aussagen getroffen. Insgesamt sei das Problem somit durchaus bekannt, zurzeit läge aber kein Ansatz vor, der zu einer kurzfristigen Lösung führe. Die Lage werde weiterhin intensiv beobachtet.

Frau Waßen weist darauf hin, dass in der PB u.a. die Diagnostik im Bereich des § 35a SGB VIII durchgeführt werde. Durch die steigenden Anträge, insbesondere für Integrationshelfer würde Personal gebunden und

Auswertung zum Projekt „Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Fröndenberg“

Frau Streich führt aus, dass im Frühjahr dieses Jahres eine Auswertung zu dem Projekt „Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Fröndenberg“ stattfinden sollte. Sie gehe davon aus, dass in der nächsten Sitzung darüber berichtet werde.

Herr Friedrichs antwortet, dass die Auswertung kurz vor dem Abschluss stünde. Zur nächsten Sitzung läge dann eine Druckversion vor und es würde ein entsprechender Bericht erfolgen.

Anlagen

1. Folienpräsentation „Hilfen zur Erziehung – Bericht zur aktuellen Entwicklung“ – Herr Seitz
2. Folienpräsentation „Jugendhilfeplan“ – Bericht Frau Waßen

gez. Theodor Rieke
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin